

Resolution

Wölfe im Schwarzwald – Für ein vernünftiges Miteinander!

Die unterzeichnenden Bürgermeister aus dem [UNESCO-Biosphärengebiet Schwarzwald](#) sowie der umliegenden Regionen haben in den vergangenen Monaten die Grundlagen für diese Resolution sowie eine noch folgende Petition geschaffen. Hiermit werden die Gesetzgeber aufgefordert, eine Regulierung des Wolfes in unserem Land zu ermöglichen. Die Bürgermeister dieses von der UNESCO anerkannten Biosphärenreservats mit seinen über 63.000 Hektar Fläche sowie die weiteren unterzeichnenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wollen allen Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit geben, die Petition online oder in den Rathäusern zu unterzeichnen. Die Unterschriftenaktion wird von den Gemeindeverwaltungsverbänden [Schönau im Schwarzwald](#) und St. Blasien koordiniert.

Unsere Ziele:

- **Schutz und Erhalt der gewachsenen Kulturlandschaft und der sie pflegenden landwirtschaftlichen Betriebe**
- **Schutz und Erhalt der Biotop- und FFH-Gebiete**
- **Schutz und Sicherheit der einheimischen Bevölkerung und unserer Feriengäste**

Die Konflikte rund um den Wolf in unserer Gesellschaft und Natur kommen immer stärker zum Tragen. Die Situation in unseren Gemeinden lässt sich, auf Basis zahlreicher Begegnungen, Gespräche und Aussagen, wie folgt beschreiben: Unsere Landwirte bangen um ihre Weidetiere, Menschen haben Angst spazieren zu gehen, Touristen scheuen die Wanderwege. Sogar manche unserer Kindergärten ziehen in Betracht, Ausflüge in gewisse Waldgebiete zu meiden, von den Existenzsorgen der hier ansässigen Waldkindergärten ganz zu schweigen. Ein sofortiges Handeln ist daher dringend erforderlich. Ein Zusammenleben mit dem Wolf ohne Regulierung ist aus unserer Sicht schlichtweg nicht möglich.

Im Schwarzwald wurde im Sommer 2023 das erste Rudel nachgewiesen. Auch wenn der Welpen Ende 2023 überfahren und getötet wurde, werden die Alttiere aller Voraussicht nach erneut Nachwuchs zeugen. Aus anderen Regionen in Deutschland ist bekannt, dass die Population in der Regel exponentiell bzw. ungebremst wächst. Aktuell ist von 1.500 bis 2.700 Tieren in Deutschland auszugehen – und damit steigen auch die Konflikte und Schadensfälle. Viele Menschen erfüllen dies mit Unbehagen und Angst. 2021 wurden rund 3.500 Nutztiere in Deutschland vom Wolf getötet. Das damit verbundene Tierleid lässt uns nicht kalt. Die Weidetierhalter sind in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht.

Zahlen aus Südtirol belegen eine mögliche Entwicklung auch im Schwarzwald: In Südtirol wurden im Jahr 2018 noch 14 Wölfe genetisch erfasst und 56 gerissene Tiere verzeichnet. Im Jahr 2022, also keine 5 Jahre später, waren es bereits 29 genetisch nachgewiesene Wölfe und 517 gerissene Tiere. (Quelle: <https://www.stol.it/artikel/politik/10-mal-so-viele-wolfsrisse-in-suedtirol-wie-noch-vor-5-jahren>)

Nirgendwo in Baden-Württemberg gibt es so viele und großflächige Gebiete des europäischen Netzes Natura 2000 und annähernd so viele Naturschutzgebiete wie im Südschwarzwald. Der Wert und die Bewahrung dieser Schutzgebiete (FFH, Vogelschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Biosphärengebiet, Biotopverbände, Auerhuhnschutzgebiete, usw.) hängt in erheblichem Maße von einer Fortführung der extensiven, traditionellen landwirtschaftlichen Nutzung ab.

Im Biosphärengebiet Schwarzwald sind vor allem kleine landwirtschaftliche Betriebe tätig, wobei gerade die zahlreichen in Vertragsnaturschutz und Landschaftspflege aktiven Betriebe Nutztiere halten. Eine Besonderheit ist die sehr stark verbreitete Mutterkuh- und Ziegenhaltung. Bei den gehaltenen Rinderrassen ist in unserer Region insbesondere [das vom Aussterben stark gefährdete Hinterwälder-Rind](#) zu finden, welches [hervorragend auf die Gegebenheiten des Schwarzwalds angepasst ist](#). Die Beweidung konzentriert sich vor allem auf die sogenannten [Allmendweiden, eines der Hauptmerkmale des UNESCO-Biosphärengebiets Schwarzwald](#).

Ob es künftig noch möglich ist Rinder und Ziegen auf den Allmendweiden und den privaten Weideflächen grasen zu lassen, entscheidet nicht nur über deren Erhalt, sondern folglich auch darüber, ob künftig noch die vielen artenreichen Weide- und Wiesenlandschaften des Schwarzwalds erhalten werden können. Ohne die weidetierhaltenden Betriebe lassen sich viele der Weidflächen und Wiesen nicht bewirtschaften. Gerade die besonders schwer und nur durch Nutztiere zu bewirtschaftenden Flächen, wären am stärksten betroffen, wenn sich die Betriebe durch die dauerhaften Angriffe einer immer größeren Wolfspopulation zur Aufgabe entschließen würden. Dies sind aber gerade auch die biologisch artenreichsten Flächen.

In den vergangenen Jahrzehnten wurden für Vertragsnaturschutz und Landschaftspflege in den Biosphärengebiets-Gemeinden und darüber hinaus hohe Millionenbeträge investiert. Dieses Geld wäre zu großen Teilen fehlinvestiert, sollte es nicht gelingen, die Wolfsproblematik in den Griff zu bekommen.

Ein Herdenschutz für Rinder entsprechend den gängigen Empfehlungen für Schafe und Ziegen (hoher 5-litziger Zaun mit hoher elektrischer Spannung) wäre abgesehen von der technischen Unmöglichkeit von „wolfsabweisenden“ Zäunen auch mit erheblichen bzw. sogar unzulässigen Eingriffen in schutzwürdige Biotope verbunden. Die vielen langen und topografisch höchst schwierigen Strecken (Steillagen) von unter hoher Spannung stehenden Zäunen sind weder landschaftlich, noch ökologisch mit den Schutz- und Erhaltungszielen der Schutzgebiete vereinbar. Auch der fortlaufende Unterhalt solcher Zäune ist vom Aufwand her für die Landwirte nicht leistbar. Zudem würde der verfassungsgemäße und naturschutzrechtlich garantierte Zugang zur freien Natur enorm eingeschränkt, was in unserem überregional bedeutsamen Ausflugs- und Urlaubsgebiet Schwarzwald besonders problematisch ist. Durch die bereits vorhandene Rudelbildung ist zu befürchten, dass die Zahl der Wolfsrisse insbesondere bei Rindern weiter zunimmt. Tierhaltung wäre dann nur noch im Stall oder in einem extrem gesicherten Bereich möglich.

Vor diesem Hintergrund ist die letztjährige Initiative des Landes Baden-Württemberg sehr zu begrüßen, welche den Herdenschutz für Rinder dergestalt festlegt, dass es eben keine solchen Zaunbauten wie bei Schafen und Ziegen braucht, sondern die Zäune wie bisher belassen werden können und stattdessen als Herdenschutzmaßnahme auf eine kompakte Herdenführung und wehrhafte Muttertiere abgestellt wird. Reißt ein Wolf Rinder aus einer Herde, die diesen Herdenschutz erfüllt, dann schafft er die Voraussetzung für eine Entnahme. Das ist richtig und gut. Hier hat das Land passgenau auf die Gegebenheiten im Schwarzwald reagiert. Wir vertrauen darauf, dass eine Entnahme unter diesen Voraussetzungen auch stattfinden wird.

Die Beschlüsse der Bundesumweltministerin und der Länderumweltminister vom Dezember 2023 sehen wir als unzureichend und für unsere Region nicht tauglich. Die Beschränkung eines Abschusses auf einen 1.000-Meter-Radius um die Rissstelle geht an der Realität vorbei. Außerdem kann nicht zugewartet werden, bis im Schwarzwald so viele Risse stattgefunden haben, dass wir als „Region mit erhöhtem Rissvorkommen“ ausgewiesen werden. Es müssen jetzt Maßnahmen ergriffen werden, um nicht von der Wolfspopulation und den Geschehnissen überrollt zu werden.

Denn mit dem Ende der traditionellen, weidebasierten Landwirtschaft stünden nicht nur die landwirtschaftlichen Betriebe vor dem Aus, auch der Naturschutz läge in Trümmern. Für den Vertragsnaturschutz würden die Bewirtschafter fehlen. Ein großer Teil der Schutz- und Erhaltungsziele der verschiedenen Schutzgebietskategorien wäre ohne die tierhaltenden Betriebe nicht mehr erreichbar. Geschützte Lebensräume und andere geschützte Artenvorkommen würden großflächig in Mitleidenschaft gezogen oder ganz verloren gehen. Die Auszeichnung als UNESCO-Biosphärenreservat müsste letztlich zurückgegeben werden.

Wir fordern daher

- die Landesregierung von Baden-Württemberg auf, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Problemwölfe umgehend entnommen werden können. Konkret sollte bereits nach einem Übergriff auf Nutztiere (bei Vorliegen des heute gültigen Herdenschutzes) eine Entnahme angeordnet werden können.
- die Bundesregierung auf, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Population von Wölfen geregelt werden kann. Konkret braucht es ein effektives Wolfsbestandsmanagement nach dem Vorbild anderer EU-Mitgliedstaaten, wie z. B. Schwedens, mit dem ein weiteres Wachstum der Bestände verhindert und eine vernünftige Reduzierung ermöglicht wird. Es muss rechtlich einfacher als bisher möglich sein, Wölfe auch aktiv bejagen zu können.
- die Bundesregierung zu einer realistischen Betrachtung der Populationen auf. Der Wolf darf künftig rechtlich nicht mehr als eine streng geschützte Art gelten. Die Bundesregierung sowie unsere Europaabgeordneten sollen sich in der EU dafür einsetzen, dass der Wolf statt in Anhang 4 neu in Anhang 5 der EU-FFH-Richtlinie eingestuft wird.

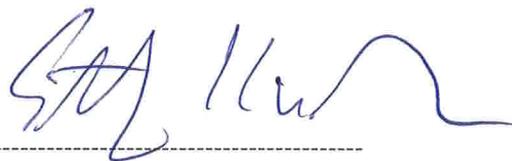
Die Erfüllung dieser Forderungen würde einen ehrlichen und ernst gemeinten Umgang mit den real existierenden Problemen, die von Wölfen im Schwarzwald ausgehen, bezeugen. Nicht mehr aber auch nicht weniger erwarten und wünschen wir uns von den Angesprochenen.

Die Unterzeichner

(Bürgermeister von Biosphärengebietskommunen)



BM Manfred Knobel, Gemeinde Aitern



BM Stefan Kaiser, Gemeinde Albbruck



BM Alexander Schönemann, Gemeinde Bernau



BM Bruno Kiefer, Gemeinde Böllen



BM Dr. Stephan Bücheler, Gemeinde Dachsberg



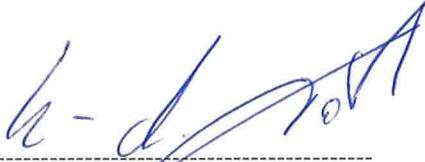
BM Michael Engesser, Gemeinde Fröhnd



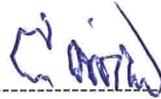
BM Dirk Philipp, Gemeinde Hög-Ehrsberg



BM Philipp Lotter, Gemeinde Hausen i.W.



BM Klaus-Michael Tatsch, Gemeinde Hinterzarten



BM Thomas Kaiser, Gemeinde Häusern



BM Sebastian Stiegeler, Gemeinde Höchenschwand



BM Helmut Kaiser, Gemeinde Ibach



BM Gerd Schönbett, Gemeinde Kleines Wiesental



BM Klaus Vosberg, Gemeinde Oberried



BM Jürgen Kaiser, Gemeinde Schluchsee



BM Peter Schelshorn, Stadt Schönau i. Schw.



BM Ewald Ruch, Gemeinde Schönenberg



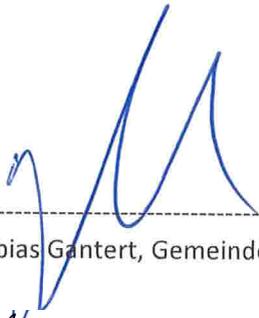
BM Dirk Harscher, Stadt Schopfheim



BM Adrian Probst, Stadt St. Blasien



BM Oliver Fiedel, Stadt Todtnau



BM Tobias Gantert, Gemeinde Ühlingen-Birkendorf



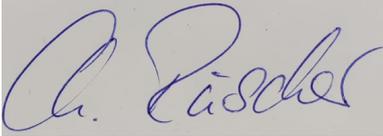
BM Dirk Pfeffer, Gemeinde Tunau



BM Martin Wietzel, Gemeinde Utzenfeld



BM Michael Thater, Stadt Wehr



BM Christian Rüscher, Gemeinde Wembach

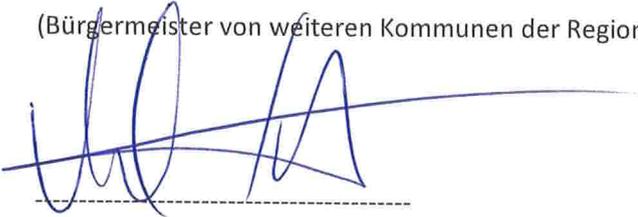


BM Michael Fischer, Gemeinde Wieden



BM Peter Palme, Stadt Zell i.W.

(Bürgermeister von weiteren Kommunen der Region)



BM Marcel Schneider, Gemeinde Todtmoos



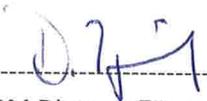
BM Johannes Albrecht, Gemeinde Feldberg



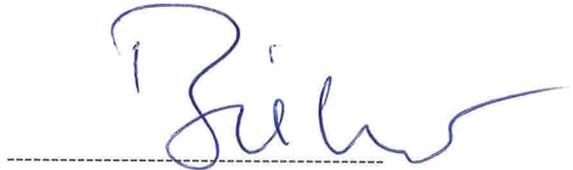
BM Patrick Weichert, Gemeinde Münstertal



BM Christian Dröse, Gemeinde Herrischried



BM Dietmar Zäpernick, Gemeinde Rickenbach



BM Mike Biehler, Gemeinde Görwihl



BM Frank-Michael Littwin, Gemeinde Hasel



BM Gunther Braun, Gemeinde Steinen